

Naturschützer: Gesteinsabbau begrenzen

Von unserem Redakteur Mario Hübner

Die Naturschützer machen mobil: Sie fordern von Politik und Planern die Begrenzung des Gesteinsabbaus im Kreis. Schon jetzt sei durch die vielen Gruben und bereits genehmigte Erweiterungen die Zerstörung der Vulkaneifelandschaft weit fortgeschritten.

Bei der Planungsgemeinschaft in Trier wird derzeit der regionale Raumordnungsplan fortgeschrieben. Er bestimmt grundsätzlich, ob an einer Stelle Gewerbe ansiedeln, ein Wohnhaus gebaut, Ackerbau betrieben oder Lava abgebaut werden darf, oder ob dieses Areal einen besonderen Lebensraum für Tiere und Pflanzen darstellt und daher vor menschlichen Eingriffen geschützt werden soll.

"Wir wollen und werden daher beweisen, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. Immer Ja zum Gesteinsabbau zu sagen, zerstört erstens unsere einzigartige Vulkaneifelandschaft und entzieht zweitens die wesentliche Grundlage für die touristische Entwicklung. Schon jetzt gibt es an vielen Stellen nur noch reine Kulissenberge", sagt Hans Erkert vom Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz (RVDL).

Etliche, die Eifelandschaft prägende, Vulkanberge sind bereits ganz oder beinahe verschwunden (Goldberg, Steffelnkopf, Goßberg, Wartgesberg), von anderen stehen nur noch Sichtkulissen (Baarley, Löhley, Eselsberg, Feuerberg). Einige sind geköpft und ausgehöhlt (Arensberg, Kahlenberg, Wöllersberg), und in die Hänge fast aller übrigen ehemaligen Vulkankegel haben sich laut Erkert ausgedehnte Lava- und Basaltgruben (Scharteberg, Rockeskyller Kopf, Fuchskopf) gefressen. Viele weitere Beispiele könnten genannt werden.

Daher erheben nun erstmals eine Reihe von im Kreis anerkannten Natur- und Landschaftsschutzverbänden gemeinsam ihre Stimme gegen die weitere Zerstörung der Eifelandschaft. Neben dem RVDL sind das der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), die Eifelvereins-Ortsgruppe Daun, der Landesjagdverband (LJV), der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) und die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald. Siegfried Horn, Eifelvereins-Ortsgruppe Daun: "Wir sind nicht partout gegen den Abbau, aber nicht überall und nicht so ungezügelt wie bislang."

Abbau sollte sich nach Bedarf in Region richten

Es müsse ein Konzept her, das zeigt, wie hoch der Bedarf an Lava und Basalt für die regionale Bauindustrie ist. Und nur so viel Abbau dürfte genehmigt werden." Erkert weiß aber auch: "Das Problem ist das Bergrecht. Basalt wiegt nun einmal schwer." Auch Jürgen Bell von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald meldet sich zu Wort. Er sagt: "Es geht darum, zu retten, was noch zu retten ist."

Auch auf das Arbeitsplatzargument gehen sie ein. So sagt Erkert: "Dort, wo noch eine

Steinveredelungsindustrie und also viele Arbeitsplätze dranhängen, wie bei Müller-Kalk in Ahütte oder Akdolit in Pelm, fordern wir keine Einschränkungen. Ansonsten aber fallen die reinen Steinbrüche in Sachen Arbeitsplätze kaum ins Gewicht." Auch der verbesserte Schutz der Naturdenkmäler in den Abbaugebieten ist ein Ziel. Horn sagt: "Da wird, wie man bei der Löhley sieht, bis auf wenige Meter rangebaggert."

Auch stellen die Landschaftsschützer fest, dass sich die Abbaubetriebe immer öfter über die Grenzziehungen hinwegsetzen. Stichwort Scharteberg oder Nerother Kopf. Dem müsse Einhalt geboten werden.

Als Grundlage für eine breit angelegte Diskussion um das künftige Erscheinungsbild der Vulkaneifel haben die Naturschutzverbände mehr als 80 landschaftsprägende, vulkanische Erhebungen im Kreis analysiert. Dabei kam die Gruppe zu einem deutlichen Ergebnis.

Erkert sagt: "Für mehr als die Hälfte der untersuchten Flächen ist die Ausweitung oder Wiederaufnahme der Abbautätigkeit sowie deren Ausweisung im regionalen Raumordnungsplan als Lagerstätte, Vorbehalts- oder gar Vorranggebiet für die Rohstoffgewinnung nicht zu rechtfertigen und sollte daher unterbleiben." Die 48 Flächen aufzählende Liste reicht von der Aarley in Üdersdorf bis zum Wöllersberg in Lissingen.